

Die „Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Interessenten verantwortlich: Carl Lankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neustadt.
Druck von E. Arnold, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.



Bräunungsdruck zahlbares Abonnementpreis:
Bierteljährl. incl. Bringerloß 2 Mtl. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mtl. monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Pf.
excl. Bestellgeld,
Einzelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Beitungsliste Nr. 7095.
Inspektionsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Seite.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeit. Ferdinand Lassalle.

No. 79.

Magdeburg, Mittwoch, den 3. April 1895.

6. Jahrgang.

Juristische Illusionen.

Im Reichstage wurde unlängst die Frage angeregt, ob man nicht für jugendliche Verbrecher die bedingte Verurteilung einführen solle. Diese Neuerung wird von vielen namhaften Juristen vertreten und ist bekanntlich von der internationalen kriminalistischen Vereinigung 1889 den Gesetzgebern aller Länder empfohlen worden.

Die bedingte Verurteilung lässt sich in zwei Arten unterscheiden. Die eine, das „Stellen auf Probe“ genannt und in Nordamerika, Australien und England eingeführt, besteht darin, dass das Gericht den — jugendlichen oder erwachsenen — Verurteilten, den es für besserungsfähig hält, auf freiem Fuß belassen und unter Aufsicht stellen kann. Bei schlechtem Verhalten wird der Verurteilte zur Verbüßung seiner Strafe eingezogen; hat er sich eine bestimmte Frist gut geführt, so wird ihm die Strafe erlassen. Natürlich ist dies nur bei geringen Strafen zulässig. Die andere Art der bedingten Verurteilung besteht in Belgien, wo die Vollziehung einer Strafe, falls diese sechs Monate nicht übersteigt, auf fünf Jahre ausgesetzt werden kann. Wenn der Verurteilte innerhalb dieser Frist keine weitere Strafe erleidet, so gilt die Verurteilung als „nicht vorgenommen“; im anderen Falle muss er die alte und die neue Strafe sofort miteinander verbüßen.

Es wird behauptet, dass man auf diesem Wege vor treffliche Resultate erzielt habe; in Amerika soll die bedingte Verurteilung in 45 Prozent der Fälle, in denen sie angewendet wurde, eine Besserung der Verurteilten bewirkt haben. Wir lassen dies dahingestellt.

Staatssekretär Nieberding gab zu, die bedingte Verurteilung werde die Moralität heben und die Reichskasse entlasten, allein man müsse noch zuwarten, denn die in Belgien gemachten Erfahrungen seien noch nicht genügend.

Sieben Jahre gerichtlicher Prozess — so lange besteht die bedingte Verurteilung in Belgien — genügen also der Reichsjustizverwaltung noch nicht, um die nötigen Erfahrungen zu machen, aber die überfüllten Buchthäuser und die damit verbundenen Kosten machen ihr Schmerzen und das ist es, was die Geneigtheit, die bedingte Verurteilung einzuführen, mit sich bringt. Neben aus charakteristisch für die bürgerliche Gesellschaft, in der man sich einbildet, mit dem großen Justiz- und Strafapparat soziale Schäden heilen zu können. In dieser Zeit der Zersetzung und Auflösung werden die Buchthäuser zum Plüten voll und das erfreut sogar die Herren Geheimräte!

Man denke nur, welche Umwälzung in den Gehirnen eingesetzter Juristen vor sich gehen müsste, um doch dem Gedanken Raum zu schaffen, dass der Verbrecher auch außerhalb des Buchthauses „gebessert“ werden könnte.

Wir halten die bedingte Verurteilung für einen Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen System; sie hat einen etwas humaneren Charakter, als die strenge Strafvollstreckung von heute. Die Überwachung, wie sie in Nordamerika verhängt wird, hat allerdings auch ihre bedenklichen Seiten, und wenn die Polizei entscheiden soll, ob sich ein Mensch „gut geführt“ hat, so kann es dahin kommen, dass eine polizeilich bestcheinigte „Besserung“ von der öffentlichen Meinung durchaus nicht als eine solche anerkannt wird.

Wenn man die bedingte Verurteilung einmal einführen will, so sollte man sie, unserer Meinung nach, nicht nur für jugendliche, sondern auch für erwachsene Verurteilte einführen.

Aber die „Besserung“ und die Verminderung der Verbrechen, welche die Juristen von dieser Richtung erhoffen, sind unseres Erachtens eine reine Chimäre. Es ist immer die alte Überabschätzung des juristischen Formelkramms, der man auf allen Gebieten begegnet. Wie die Theologen glauben, die Religionen seien die Grundlage der Gesellschaft, so die Juristen, die Gesellschaft beruhe auf ihren Gesetzen. Und darum trauen sie auch diesen Gesetzen einen Einfluss zu, welchen sie nie besessen haben und nie besitzen werden. Die Gesetze passen sich der jeweiligen Struktur einer Gesellschaft erst an.

In der Hauptache wird das Verbrechen vom Elend und vom Mangel erzeugt, und so wenig früher die härtesten Leibesstrafen, die Tortur, das Henkerbeil, der Galgen, der Scheiterhaufen und das Rad haben die Verbrechen verhindern und vermindern können, so wenig kann dies eine Aenderung des Strafvollzuges bewirken.

Wie soll der Mensch, der aus Not ein Vergehen und Verbrechen auf sich geladen hat, „gebessert“ werden, wenn die Ursachen bestehen bleiben, die ihn zum Verbrecher gemacht haben? Die Verbrechen, die aus der Not entspringen, werden nur wegfallen, wenn man die Not selbst beseitigt; was die Juristen ausklugeln, ändert an der Sache selber garnichts.

So sehr wir also, aus Gründen der Humanität, für die bedingte Verurteilung eintreten, so wenig hoffen wir von der „bessernden moralischen Wirkung“ derselben. Man kann eine ganze Gesellschaft bessern, jawohl, indem man ihre Produktionsweise verbessert und die Ausbeutung abschafft. Mit dem Grade der Ausbeutung hat das Wachstum oder die Abnahme der Verbrechen immer Schritt gehalten.

Der Kongress der Gefängnisdirektoren zu Hamburg 1890 hat die bedingte Verurteilung verworfen. Diesen Herren sind offenbar ihre Buchthäuser noch nicht voll genug.

Hoffentlich kommen sie auf andere Gedanken, wenn ihnen der Platzmangel einmal gar zu lästig wird —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Die Annahme der Umsatzvorlage in der Kommission hat den Beweis geliefert, dass die deutsche Volksvertretung, wie wir voraus sagten, nicht fähig ist, die Freiheit und das Recht gegen die Umsatzbestrebungen der Reaktion zu schützen. Jetzt ist es an dem deutschen Volke, selber die Wahrung seiner Interessen in die Hand zu nehmen und den schwankenden und schwachen Herren Volksvertretern das Rückgrat zu steifen oder den Stuhl vor die Thüre zu setzen. Sehr bald nach den Osterferien wird die zweite Sessung der Abgeordneten im Plenum beginnen. Es ist also keine Zeit zu verlieren. Wähler heraus! Und redet ein ernstes Wort mit Euren Vertretern!

Das nationalliberale Leipzigger Tageblatt ist von einem schweren Leiden befallen worden, das zu unserem Bedauern das schlimmste befürchten lässt. Es laboriert seit dem 25. März d. J. an einer chronischen Gedächtnisschwäche, einem Lebel, das bei tiefgreifenden seelischen Leiden sehr oft auftritt. Denn wie anders sollen wir uns die Thatstache erklären, dass unsere durch ihre Gesinnungstüchtigkeit, ihre Charakterstärke, ihre Konsequenz überall wohlberufene Kollegin, die niemals ihre Ansichten gewechselt hat, so plötzlich ein heiliges Versprechen bricht? Verhieß sie nicht vor der Reichstagsabstimmung über die Bismarck-Ehrung, dass sie von dem Reichstag, der die Ehrung ablehne, keine Notiz mehr nehmen, keine Berichte fortan bringen wolle? Das erschien ihr damals als eine deutsch-nationale Ehrenpflicht. Der Reichstag hat am

23. März mit 163 gegen 146 Stimmen die Teilnahme an dem Bismarck-Possenspiel abgelehnt. Und das Leipzigger Tageblatt bringt trotzdem Tag für Tag die Verhandlungsberichte jenes pflichtvergessenen Reichstags, dessen Mehrheit hinter der Kirchhofsmauer schimpflich eingescharrt werden soll. Einen Worthbruch kann niemand dem zielbewussten Organe der Gentlemen zutrauen. Nur ein geistiger Schiffbruch erklärt diese Erscheinung, die den Seelärzten dringlich empfohlen sei. Werne sei es von uns anzunehmen, dass die Rücksicht auf den schnöden Vorteil die geehrte Kollegin dazu bestimme.

Die Mirbachschen Staatsstreichgelüste gehen selbst der Kölnerischen Zeitung wider den Strich. Sie schreibt:

Graf Mirbach mache dort in unverhüllter Form den deutschen Fürsten den Vorschlag, einen Staatsstreich zu wagen und das allgemeine Stimmrecht durch ein Wahl-Edikt zu beseitigen. Man kann über dieses Wahlrecht und seine Frühe sehr abfällig denken und seine Einführung durch ein anderes anstreben, aber davon bis zur Empfehlung eines Staatsstreichs ist ein weiter Weg, den man auch schon deshalb nicht antreten sollte, weil jeder Staatsstreichgedanke nur dazu beitragen kann, Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie zu leiten. Ist es freilich der Wunsch unserer Agrarier, dass, wenn man ihnen nicht in allem den Willen thut, alles „drunter und drüber gehen solle“, so sind sie nur folgerichtig, wenn sie einen Staatsstreich empfehlen.

Dabei darf man nicht vergessen, dass schon seit Jahr und Tag die Kölnerische Zeitung für Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts ununterbrochen plädiert hat. Wenn sie also jetzt vor einem Staatsstreich in diesem Sinne warnt, so kann das nur seinen Grund in ihrer Auffassung der augenblicklichen politischen Lage haben. Die ist allerdings nicht so, dass Staatsstreichgedanken einen guten Boden finden könnten.

Nat gewirkt! Pastor Golditz-Chemnitz hat bei der Einweihung der Glocken für die St. Markuskirche eine Weiherede gehalten, an deren Schluss er auch die letzten politischen Ereignisse anzog und dabei sagte:

Der 23. März 1895 ist ein Schandtag in der deutschen Geschichte. Haben wir uns ergehen, was die Heldenwüste uns erwischen? Goll das deutsche Volk enden in der Knechtschaft unter der Tricolore der roten, der goldenen und der schwarzen Internationale?

Ein nationalliberale Journalistensündchen. Der nationalliberale Schwäbische Merkur, das Hauptorgan der Nationalliberalen Württemberg's entleert seine heilig Empörung über den jetzigen Reichstag in einem Seitartikel in dem es zu Anfang hieß:

Das deutsche Volk steht nicht hinter diesem Reichstag; es steht hinter seinem Kaiser, der ein solches Wort, wie er es an den Fürsten Bismarck gerichtet hat, gar nicht ausgesprochen haben würde, wenn er nicht die Gewissheit hätte, das Volk hinter sich zu haben. Genau 22 Zeilen weiter unten schreibt dieselbe national-

Mann:

Sollte nicht dieser Reichstag aufgelöst, die Leute, die sich so be nehmend, heimgebracht werden? O nein! Heute — so stehen leider die Dinge — lämen sie alle wieder und noch einige dazu. Also nicht einmal mehr auf zweihundzwanzig Druckzeilen reicht das Gedächtnis des schwäbischen Patriotenblattes. Wer weiß, wie das noch werden mag! —

Wie geringsschätzig Bismarck über den Reichstag dachte, geht aus einem von der Germania veröffentlichten Schreiben Bismarcks vom 7. Juni 1883 hervor.

In demselben heißt es u. a.:

Ich habe gleich Ihnen die Schwierigkeiten kennen gelernt, welche gebildete und wohlerzogene Leute zu überwinden haben, um die Roheit unserer parlamentarischen Klöppelschläger mit dem nötigen Maß von Geringsschätzung entgegenzutreten und ihnen die wohlberechte Ehre der sozialen Gleichstellung auch innerlich zu versagen. Die wiederholten und erbitterten Kämpfe, in denen Sie allein im Gefecht standen, haben Sie in dem Gefühl der Verachtung für solche Gegner bestärkt haben, welche weder ehrlich noch achbar genug sind, um verleben zu können.

Und einer solchen Person soll das deutsche Volk noch Huldigungen dorbringen?!

Das Bild der Bismarckwoche bespricht die freikonservative Post wie folgt: Der allgemeine Widerstand dauert in ungeschwächter Stärke fort, die Bismarckfahrt war eine Demonstration ohne praktischen politischen Wert, der Fraktionsgeist treibt ungescheut seine krausesten Blüten fort, und die demokratische Opposition fischt ruhig im Trüben mit Erfolg weiter! — Das war doch vorauszusehen.

Zickzackurs. Der Landrat von Hollefer, Mitglied der äußersten Rechten des Reichstages, ist als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern einberufen. — Zutreffend bemerkt die National-Zeitung dazu: „Die Borkämpfer des Antrags Kaniz unter den politischen Beamten werden aus diesen Ernennungen abermals die beruhigende Gewissheit empfinden, dass sie nichts zu be sorgen haben.“ —

Der oberbayerische Bauernbund bekämpfte in seiner letzten Versammlung den Antrag Kaniz. In der Versammlung wurde erklärt: Lieber bayerischer sterben, als unter preußischen Junkern verderben. Langsam kommen die Bauern zu der Erkenntnis, dass die ostelbischen Junker zur Fateressenspolitik treiben und sich der Kleinbauern nur als Stoßage bedienen. —

Ein Notstandstarif für Düngemittel ist am 1. April auf der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Bahnen in Kraft getreten. Dieser neue Tarif enthält eine Ermäßigung der bestehenden Sätze um 20 Prozent und hat bis zum 1. Mai 1897 Gültigkeit. Der im inneren Verkehr der preußischen Staatsbahnen am 1. März dieses Jahres eingeführte Notstandstarif wird hierdurch ersetzt. —

Ein feines, sinniges Geburtstagsgeschenk hat eine englische Dame dem Altreichskanzler gewidmet: da sie gehört, dass er Hundeliebhaber sei, sandte sie ihm ein Freizeitschrift für den „Reichshund“ Thras. Bismarck soll beabsichtigen, das Geschenk der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu überlassen. —

Ausland. Italien. Die Partei der radikalen Linken in Rom hat ein Komitee gebildet unter der Präsidenschaft von Cavallotti, welches soeben beschloss, im 4. Wahlkreise von Rom gegenüber der offiziell erklärten Kandidatur Crispis den eingekerkerten Sozialisten De Felice aufzustellen. —

Frankreich. Eine Abordnung der Eisenbahnarbeiter wurde gestern vom Präsidenten der Republik empfangen. Die Deputation protestiert gegen die Vorlage, die den Eisenbahnarbeitern das Recht abspricht, den Aussstand zu erklären. Die Delegierten versicherten dem Präsidenten, dass gegebenenfalls alle Eisenbahnarbeiter ihre ganze Pflicht thun würden, wenn das Vaterland es erheische; es sei daher unrecht, ihnen ein Mittel zu nehmen, ihre Lage zu verbessern. — Ministerpräsident Ribot hat gestern zwei Abgeordnete empfangen, die ihm die Beschwerden der Arbeiter der Bündholzfabriken unterbreiteten. — Der Aussstand in den Bündholzfabriken ist allgemein. Maueranschläge verkünden den Aussstand in sämtlichen Fabriken der Art in Frankreich. Bis jetzt sind „Ruhestörungen“ nicht vorgekommen; ein anarchistisches Plakat rissen die Arbeiter selber herunter. —

Rußland. Die Zahl der nach Sibirien Deportierten belief sich im vergangenen Jahre auf 11 580 Personen, einschließlich derjenigen, die den Deportierten freiwillig an ihren Verbannungsort folgten. Die Arrestanten, unter denen sich 7526 Männer, 1715 Frauen und 2339 Kinder befanden, wurden per Dampfer und Barken aus Tjumen nach Tomsk und weiter transportiert. Beßlagenswertes Russland. —

Aus den Gerichtssälen.

S Hanau. (Wegen Aufreizung bestraft.) Der Anarchist Bender aus Leipzig wurde von der Strafkammer wegen Aufreizung zur Gewaltthätigkeit und wegen Verübelthmachtung von Staatseinrichtungen zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. —

S Jaworazlaw. (Ein Lehrer ist während der Schulzeit Beamter.) Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt ist vom Schöffengericht ein Schüler der Fortbildungsschule zu 14 Tagen Arrest verurteilt worden, weil derselbe nicht auf die Aufforderung des Lehrers seinen Platz verlassen hatte, um weiter vorzukommen, und als der Lehrer ihn mit Gewalt vom Platze zu zwingen suchte, sich erfolgreich dagegen wehrte. In der zweiten Instanz wurde das Urteil bestätigt mit der Begründung, ein Lehrer sei während der Schulzeit einem Beamten in Ausübung seiner Amtspflicht gleichzuwachten. —

S Luckenwalde. (Unseren Genossen zur Beachtung.) Das Oberwaltungsgericht hat gegen den Bürgermeister Luckenwalde entschieden, daß derselbe zu Unrecht eine öffentliche Versammlung unterfragt hat, weil sie am Fuß- und Betttag stattfinden sollte. Das Oberwaltungsgericht erklärt die Erhebung des Konflikts seitens der Regierung für unbegründet und gestattet, der Schadensersatzklage gegen den Bürgermeister wegen des ungesetzlichen Verbots vor dem Landgericht weitere Folge zu geben. —

S Nürnberg. (Verfolgung eingestellt.) Durch Beschluss der zweiten Strafkammer wurde der Redakteur Dombusch wegen Beleidigung des deutschen Kaisers außer Verfolgung gesetzt. Zum Beschuß herzt es, in dem im Nürnberger Anzeiger abgedruckten Gedichte "An das deutsche Volk", das zur Verfolgung Anlaß gab, sei wohl eine grobe Uchtungsverletzung, nicht aber eine Beleidigung des Kaisers zu erblicken. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 2. April 1895.

— Eine Seifenplatte ist geplagt. Der groÙe Bismarckblitz sollte am Sonntag vor sich gehen. Der Dekanatschub forderte zur Belägung und Schädigung des Hauses und andere Personen (natürlich nur Bourgeois) wiederum zur Illumination auf. Beides ist nur in sehr geringem Maße erfolgt. Die Häuser des Breitenweges im neuen Stadtteil, die der Jakobstraße, das Sudenburger und Neupötzter Breitenweges waren sehr wenig belagert. In der Jakobstraße bemerkten im Ganzen fünf Lämpchen, überhalb des Alsfeldter Breitenweges 19 und in den Nebenräumen fast nichts; noch nicht einmal alle Häuser des Alten Marktes, wo die große Poche in Szene gebracht wurde, waren belagert. Und erst die Illumination läßt liegen kommt sie nicht ein. Nur die Häuser, in denen Leute wohnten, die Bismarcks Fazitzenpolitik bewunderten, hatten Nachgiebigkeit in die Feuer gestellt, wohingegen in den Nebenräumen nichts standhaft war. Selbst der Breitweg der Vorstadt war ruhig. Einzig und allein waren es nur die Geschäftsräume, welche — wahrscheinlich nur, um den Konkurrenzdruck zu ziehen und für ihre Waren Ruhm zu machen! — ihre Scheinkästen belagert hatten. In dieser Beziehung war es nichts anderes, als ein Konkurrenzkampf der Geschäftsräume, welchen der Bismarckblitz gut zu passen kam. Und was nun das viele "Voll" anbetrifft, da müssen wir gestehen: unser Vorbergeleit ist eingetroffen: es waren nur Bourgeois, Sandweiber und Kinder, allerdings auch viel Arbeitervolk Magdeburgs, aufmarschiert. Gestört, gejagt, gehetzt, gefasst, gehaftet, geschimpft zu werden auch. — Es ist gewesen. Das ist allerdings unmöglich für die National-

liberalen gewesen und diese werden gar böse auf die unpatriotische Stadt sein. Selbst die Hochzeitshäuser schütteln bedrohlich mit den Ohren, ob wegen des Bismarckblitzes oder wegen der unpatriotischen Bürgerschaft, konnte unser Berichterstatter nicht ausfindig machen. —

Besichtigter Hainsfall. Daß die Bismarckverehrung nur einen ganz winzigen Teil unserer Bürgerschaft ausmache, haben wir zahlreich nachgewiesen. Alles Geopole und Verbrechen dieser sogenannten patriotischen Blätter ändert an den Thatsachen nichts. In den Berichten der hiesigen Sauerkrabbelat wird allerdings nicht objektiv berichtet. Doch aber befinden sich einzelne Sätze in denselben, die wir hier zusammenstellen. Die Magdeburgische Zeitung schreibt: . . . Eine derartige allgemeine Beteiligung, wie sie sich bei der Sonnabend mittag auf dem Alten Markt veranstalteten Bismarckfeier befand, hatte, war am Abend bei der aus Bürgerkreisen angeregten Illumination freilich nicht zu verzeichnen, aber immerhin bot sie an verschiedenen (1) Stellen einen schönen Anblick . . . — In dem Bericht führt die Magdeburgische auch die Geschäfte an, welche eine große Dekoration enthalten hatten. Die aufgezählten Geschäfte sind nur grob, die sich gegenwärtig überleben wollen. Also: Geschäftspatriotismus? — Dann heißt es weiter:

. . . In den übrigen Straßen, besonders den kleineren Nebenstraßen, war die Beteiligung geringer, meist waren es nur einzelne Wohnungen, selten ein ganze Häuser, deren Inhaber ihrer Berechnung für den großen Alsfeldertanz durch Illumination Ausdruck gegeben hatten. . . . Auch in der Kaiserstraße hatten verschiedene (1) Geschäfte . . . es sich angelegen sein lassen, ihre Schaufenster in prächtiger Weise auszuschmücken und zu erleuchten. . . . — Um nun die Unwahrheiten der Bismarckshau zu beleuchten, stellen wir deren Aufführungen denen der Magdeburgischen gegenüber. Die "Leutsche" schreibt: . . . Ja, wir können es mit Stolz sagen, der *weitaus größte* (1) Teil unserer Bürgerstadt ist im Herzen gut deutsch und darum auch gut bis mardiisch (!!) gefüllt, selbst wenn er, wie wir, in diesem oder jenem Punkte mit dem größten der lebenden Deutschen nicht übereinstimmen sollte. . . . Der Festesfreude war in den Hauptstraßen in glänzender Weise Ausdruck gegeben, überall (!!) Fahnen und in den Fenstern Bismarckdekorationen, zum Teil in sinnlichster Weise, ja selbst bekannte freimaurische Geschäftsinhaber hatten sich nicht ansgeschlossen, während die Jakobstraße z. B. nicht zu ihrem Vorteil durch Unterlassung anfiel. . . . — So sieht also die "teutsche" Wahlkampfie der Kundschau aus. Und in demselben Atemzuge jammert die "Leutsche": . . . Die Illumination am Abend, zu der einige Alsfeldiger aufgeföhrt hatten, war teilweise recht prächtig aus, aber doch nicht so allgemein, wie das wohl wünschenswert gewesen wäre. Wir hätten die dringende Bitte, man möge bei ähnlichen Anlässen mit den maßgebenden Kreisen aller deutscher Städte rechtzeitig in Verbindung treten, daß auch ein entsprechender Erfolg gesichert ist. . . . — Also Reinhall bis über die Ohren. —

In Acht und Bann gehan. Der in Sudenburg wohnende Centrumabgeordnete für den Reichstagwahlkreis Heiligenthal, Herr Landgerichtsrat J. v. Strombeck, hatte so viel Monatsspatz gezeigt, daß er gemäß seiner inneren Überzeugung gegen die Bismarckverehrung plante. Ob dieser vernünftigen Haltung veröffentlich der Senator seines Familienkamms in einem Braunschweiger Blatte folgende Erklärung:

„Ich fordere sämtliche Familienmitglieder auf, jede verwandschaftliche Rücksicht mit dem Reichstagabgeordneten v. Strombeck abzubrechen, der der alten lutherischen Familie schon durch seinen Übertritt zum Katholizismus einen Schlag ins Gesicht gab und nun durch die erstaunlich und unethische Aktion im Innern im Reichstag unsere Würde verloren haben soll u. s. w. Blankenburg a. S., 25. März 1895. Fr. v. Strombeck, Generalmajor z. D.“

Diese unbedeutende Erklärung des Bismarckvergötterers zeugt wenig von einer inneren Reise des Senators; denn ein wirklich gebildeter Mann müßt seinen politischen Gegner schätzen, wenn dessen Handlungen konsequent und seiner inneren Überzeugung nach sind. Niemals darf der ehrliche Gegner, so wie oben gegeben, verachtet werden. Wer hat den größten Mut gezeigt, der sich frei gegen Bismarck wendende Landgerichtsrat oder der Herr Generalmajor z. D.? —

Cajetan Bismarck. Eine für andere Zeit recht bezeichnende Einheit machte die Art der von Vereinen und Schulen am Sonntag dem alten Bismarck dargebrachten Huldigung. Die Schulen und Vereine hatten sich in einem Hupe vereint; jeder Teil hatte seine Fahne, mit der nach dem Alten Markt gezogen wurde. Dasselbe war eine Bismarckfahne aufgestellt, vor der alle Fahnen sich „huldigend senkten“! — Wie die Innungen die Arbeiterinteressen vertreten, erfuhr man aus dem Kaiserbericht des Januarverbandes "Germania" vor 1893/94. Der Kaiserbericht vom 9. August 1894 verzeichnet eine Spende von 23 989,19 M. und eine Entnahme von 16 059,70 M. Beides ist sich aus folgenden Kosten zusammengestellt: für Buchbinderei und Buchdruckerei 3155,85 M., Reisekosten und Diäten 5305,55 M., Kosten und Kostenhilfe 203,85 M., Ad. und Reinrichten 99,05 M., Extraordinarium (wo für? D. Red.) 2254,52 M., Unterstützung bedürftiger Kollegen ganze 800 M., Konzessionen des geist. Vorstandes 21,10 M., Spenden für den Verband 45,15 M., Remunerationen dem Vorstand 1500 M. und dem Rendanten 200 M., gelauftie Beiträger 2019,60 M., Gehältern für Aufbewahrung der Wertespiele 15,15 M. —

Fenilleton. (Sachbuch verboten)

34)

Ein Held des Geistes und des Schwertes.
Sächsischer Roman
aus den Zeiten des deutschen Kaiserhauses
von L. Otto-Walther.

Haberland fuhr in seinen Ausführungen fort: „Die Ratsmitglieder drückten die Bürger mit Steuern, während sie sich selbst möglichst davon freizuhalten trauten, sie vermauteten die Geldei so, daß von der Bürgerschaft niemand eine Einigkeit bekam, und während die gemeinen Leute fast hungerten und von den Steuerlosen fast erdrückt wurden, wobei das schlechte Geld, welches geprägt wurde, Handel und Gewerbe zerstörte, protestierte und schwelgten sie in einer Weise, wie es in Braunschweig immer üblich gewesen, und kümmerten sich nicht um die Not der kleinen Leute, die anfangt, zum Hammel zu jagen.“

Ganz wie jetzt, ganz wie jetzt, murmelte es in den Stimmen der Bergmannen.

Da erhob sich ein Mann, Heinrich Braband ist sein außerordentlicher Name, und kehrte sich zunächst gegen die Geistlichen, die mit dem alten guten Verfahrt brüderlich und fast nahezu eingespielt hatten, so an Herzöglucht und Hofbüchsen, an Willkürlichkeit und Steuerhabe der katholischen Pfarrherren gleichzuhören, deren Weise sie sonst bis ins Böse verkannten. Umsofort waren alle Bevölkerungen; die Geistlichen wollten ebenso wenig antworten, daß sie Dämonen der Gemeinden seien, als es die Ratschurten von den Geistlichen zugeben wollten, daß sie Beamte seien der Gemeinden und Gilde, welche doch diese Siedlung bewohnten und ernährten.

Da traten die Gemeinden und Gilde von Fenilleten fünf Bevölkerungen der Stadt zusammen, und die Hauptleute der Gemeinden, sowie die Gildehaupter, als ernährte Vertreter der lokalen Gemeinschaften, verlangten ebenfalls einen Sieg und ebenfalls Schame in den Ratsberatungen, damit sie der Bürgermeister und Ratsmeister mit ihnen verbündet in allen Dingen, und Heinrich Braband, der Hauptmann, war ihr vorzüglichster Kämpfer. Die Ratsgelehrten wagten sich dem Antragen fügen, aber es war ihnen höchst widerquem, die

— Das Hochwasser der Elbe hat, wie die Strombauverwaltung mitteilt, seinen Höchststand am 31. März bei Barby mit 5,77 und bei Magdeburg mit 5,37 Meter am Pegel, saß genau der Vorbericht entsprechend erreicht. Dengemäß wird auch abwärts bis Sandau der Höchststand nicht wesentlich von der Vorbericht abweichen. Dagegen wird infolge vermehrter Wassersführung der Havel der zeitliche und einstweilen in Aussicht gestellte Pegelfrand bei Wittenberge und Dammas vorzugsweise um 20–25 Centimeter überschritten werden. In Torgau und Rothenburg an der Saale ist wieder geringer Rückgang eingetreten und in Übrigen ist an der oberen Elbe und sämtlichen Nebenflüssen das Wasser in langsamem Fallen. Von anderer Seite wird der Magdeburgische Zeitung geschrieben: Das Hochwasser der Elbe hat vorgestern nachmittag mit 5,37 Meter seinen höchsten Stand erreicht. Bis jetzt ist das Wasser nur um einige Centimeter herabgegangen. Die Anstrengungen, die man zur Haltung des Damnes des Herrenkrughauses gemacht hat, sind von Erfolg gekrönt worden. Eine Überflutung ist trotz der außergewöhnlichen Höhe nicht eingetreten und so der große Cracauer Anger vom Wasser verschont geblieben. Das Drängewasser hat sich zwar an einigen Stellen eingestellt, doch ist es nur gering, so daß der Betrieb der Trambahnlinie Friedrichstadt-Herrenkrug nicht gestört wurde. —

Zur Thätigkeit der Feuerwehr. Sonntag nach kurz nach 11 Uhr wurde die Feuerwehr unruhlich alarmiert. In der zweiten Etage des Hauses Villenstraße 9 wollte eine Lampe explodieren. Die Feuerwehr, mutig und flink, löste die Lampe aus — und die Gefahr war beseitigt! — In der Nacht vom Montag zum Dienstag gegen 12 $\frac{1}{4}$ Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldestation "Mendener Viehhalle" aus durch die Meldung "Feuer" alarmiert, worauf die gesamte Hauptfeuerwache nach dort ausrückte. Auf dem Grundstück Nr. Junckerstraße 15 b war in dem Materialwarenladen von Nitz ein Ladentresor mit Inhalt, sowie Papier etc. in Brand geraten. Wegen des sich stark entwickelnden Rauches mußte mit der Stolzschefen Rauchmaschine vorgegangen werden, die Lufzuführung gelang durch die große Handdruckspritze. Durch Vornahme einer direkt aus Hydranten gespeisten Schlauchleitung wurde nach etwa viertelstündig eine Thätigkeit weitere Gefahr beendet. Gegen 12 $\frac{1}{4}$ Uhr waren die Aufräumarbeiten beendet und kehrten die Mannschaften bald darauf wieder zum Depot zurück. —

Die Bormannsche Lehrlingsdruckerei. Hier selbst beschäftigt, wie uns mitgeteilt wird, jetzt nicht 0 Gehilfen und 5 Lehrlinge, wie wir in Nr. 74 berichteten, sondern einen ganzen Gehilfen und "nur" 4 Lehrlinge. Thatsache wird jedoch sein, daß zur Zeit der Aufnahme der Statistik stände 5 Lehrlings- "Kräfte" ohne irgend einen Gehilfen die Arbeiten verrichtet. Und wenn wirklich ein Lehrling weniger beschäftigt wird, bleibt die Druckerei doch nur eine Lehrlingsdruckerei. —

Protest gegen den Bismarckkultus.

Die Arbeiterschaft Magdeburgs versammelte sich gestern, zur Zeit, da die Bourgeoisie ihren Nationalgott resp. ein Göttchenbild anjuhelte, im Saale Friedrichslust, um ihrer tiefsten Entrüstung über die Vorgänge in jetziger Zeit Ausdruck zu geben. Reichstagabgeordneter Albert Schmidt referierte über: "Warum verweigert die Sozialdemokratie dem Fürsten Bismarck die Huldigung?" In seiner 2½ stündigen Rede verstand es der Referent, nachzuweisen, daß das deutsche arbeitende Volk nichts mit der Bismarckhuldigung gemein hat und daß die Haltung des Reichstags eine gerechtfertigte ist. Die sehr gut besuchte Versammlung stimmte den Schmidt'schen Ausführungen durch einstimmige Annahme folgender Resolution bei:

„Die heute stattfindende öffentliche Volksversammlung erklärt den Beschuß des Reichstages vom 23. März, betreffend die sogen. Bismarckverehrung, als einen im Sinne des deutschen arbeitenden Volkes gefassten. Nur die oberen Zehntausend, nicht aber das arbeitende Volk, haben Urtheile, die Bismarckschen Sonderinteressenpolitik zu billigen und dem Schöpfer der Ausnahmegesetze, der Liebesgaben und Schätzjölle Huldigungen dorzu bringen. Am allerwenigsten aber sieht sich das arbeitende Volk veranlaßt, Bismarcks Handlungen vor, während und nach dem deutsch-französischen Kriege zu billigen. Die Versammlung spricht über die Bismarck'schen Thaten nur ihre tiefste Entrüstung aus. Sie protestiert ferner gegen die Geldbewilligung aus öffentlichen Mitteln zu dem heute stattfindenden nationalliberalen Parteifeste. Auch protestiert sie gegen die Rundgebung, in welcher eine auf Grund freier Entscheidung getroffene Entscheidung der deutschen

Bürgerschaften der Bürgerschaft in ihre Wirtschaft einzuführen zu lassen, und da die geistlichen Herren in dieser Sache ganz und gar mit ihren Händen in Hand gingen, so half der Rat den Geistlichen, wenn sich die Bürgerschaft gegen die Herrschaft und die Neubergriffe derselben erhob, und die Geistlichen ihrerseits verfluchten alle, welche der Alleinherrschaft der Ratsgeschlechter zuwider waren. So wogte der Kampf her und hin, bis endlich Geistlichkeit und Rat durch Gewaltmaßregeln schlimmster Art, heimlich und tüchtig vorbereitet, die Bürgerschaft in endlosen Säuden zu verjagen trachteten. Sie befiehlten ihnen, daß, wenn sie nur die bewährten Führer der Bürgerschaft verfolgten, die tapferen Einwohner wehrlos gemacht sein würden, und ihre Willkürherrschaft von da an auf lange Zeit gehalten wäre. Sie nahmen deshalb, um sich den Schem des Rechts zu wahren, der zu allen guten und schlechten Dingen sich ja schon brauchen lässt, einen gewissen Autor Eintritt, den viele noch kennen, weil er sich an dem Bürgermeister Jordan Strube tatsächlich vergangen, sich und ließ ihn auf die Tortur bringen, wo er aus jährlicher Gewalt gemacht wurde, so daß er alles angekündigt, was man nur von ihm zu wissen verlangte. Da wurden die Gemeindebeamten Heinrich Braband, Nikolaus Eichholz, Hans Siebels und Heinrich Depenau mit anderen der ehemaligen Vorhaben bezichtigt, und auf Grund von auf der Tortur ergrauter Bürgerschaft ging der Rat mit Hilfe aller der gedankenlosen Leute, die ihm anhingen, vor.

Heinrich Braband und die anderen Hauptleute sahen die Größe der Gefahr viel zu spät ein, sie glaubten es mit aufständigen und ehrlichen Geistlichen zu thun zu haben und bewußten die Wahrheit, die von der Mehrzahl der Bürger gewahrt, nicht. Zur letzten Angriffslinie verharrten sich ihrer gegen in Arnsdorf beheimatete Hunde, an der langen Brücke, und dort wurde sie von den Rats Gelehrten in Begleitung von gespannten Eisenketten Gefangen überfallen. Der kleine Heinrich Braband verlor jedoch, er sprang mit seinem Begleiter Heinrich Depenau über die Stadtmauer, brach aber dabei ein Bein; trug dann in einem Schriftlein über den Wallgraben und wurde mit Hilfe eines Leinewebers bis in den Borsig'schen Anger geschafft, wo man ihn unter einem Buschwerk verbarg. Am andern Tage setzte der übermäßig gewordene Rat hundert Galben auf Brabands

Haupt als Preis, und der Leineweber verdiente sich diesen Judaslohn. Nun nahm ihn Braunschweigs Justiz in ihre Hände und quälte ihn auf der Torturbank so lange, bis er alles gesagt hatte von seinen vermeintlichen hochverräterischen Absichten, und was er nicht gesagt hat, das wurde trotzdem geschrieben. Ja, Freunde, das nennt man Justiz, das läßt man Gerechtigkeit, was sich stützt auf Schuldbekenntnis, das auf Grund von fürchterlichen Quälereien von einem halb verrückt Gepeinigten an Worten herausgebracht wird. Ihn, den Heinrich Braband, hat man sogar an seinen Mannestelen aufgehängt, die ganze Schrecklichkeit der sogenannten Justizpraxis braucht wohl mit nichts weiterem gekennzeichnet zu werden.

Und nachdem diese vorzülliche Justiz, die immer bei allen Schandthaten sich als etwas Göttliches zu geben versuchte, den Mann genugsam abgequält, wurde er, da er wegen seines gebrochenen Beines nicht gehen konnte, von sechs Knechten auf das Schaffott auf den Hagenmarkt getragen. Dort schlug man ihm zunächst zwei Finger, die für die Wahrheit gezeugt hatten, dann zwinkerte man ihn viermal mit langen glühenden Zangen, dann band man seinen nackten Körper auf einen Tisch fest, das Gesicht zum Himmel gerichtet, dann entmannte man ihn, der vor allen Andern ein Mann gewesen, mit einem Schnitte, schlitze ihm den Bauch bis an die Brust auf, riß ihm Herz und Eingeweide aus, schnitt ihm den Kopf ab und den Körper in vier Teile und ließ dieselben samt dem Kopf an den Thoren in eisernen Fässern aufhängen zur großen Schmach von ganz Braunschweig, wie ich sage, aber zur Sühne der göttlichen Weltordnung, wie die Präassen sagten und die mit ihnen verwandte Justiz.

Wie die geistlichen Herren, die Verkünder der Liebe Religion von Jesus Christus, sich dabei verhalten, wolle ich nur daran sehen, daß auf ihr Andringen der Volksfeind und Kamerad von Heinrich Braband, Hermann Böhme, halb verwest aus seinem Grabe geholt und in diesem verwesten Zustande aufs Stadtbüro geflöchten wurde. Es giebt wohl auf der lieben Gottes-Erde keinen Menschen, der sich zu solchen Schrecklichkeiten entschließt, wenn er nicht vorher Jurisprudenz oder Theologie, d. h. Gottesgelehrsamkeit, studiert hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Volksvertretung als ein Akt bezeichnet wurde, dem man mit „tiefster Enttäuschung“ begegnen müsse. Die Versammlung erwartet, daß der Deutsche Reichstag nach wie vor seine Entschließungen ohne Rücksicht auf irgend welches Wohlfallen oder Mißfallen treffe.“ —

Egeln. (Die Not der Großgrundbesitzer.) Das Amtshaus im benachbarten Unleburg wurde vor 30 Jahren an einen Herrn Bannister für 40 000 Mark verpachtet. In diesem Jahre läuft die Pacht ab, und ein Herr Uncle, Fabrikant aus Ahendorf, bot 80 000 Mark, woran selbstredend der alte Bäcker welchen müsse. Kommentar überschüssig.

Eisleben. (Folgen der unterirdischen Revolution und des „Umschlages.“) Die Einwohnerzahl unserer Stadt hat seit Jahresfrist um etwa 700 Köpfe abgenommen. Die Zahl der aufzunehmenden Schulkinder ist infolgedessen von 500 auf knapp 400 gefallen. Verdenken kann man es niemandem, wenn er einer Stadt den Rücken lehrt, die täglich dem Eintritt einer schrecklichen Katastrophe ausgesetzt ist. —

Bitterfeld. (16 Prozent Dividende.) Die Aufschreibe erzielte im vergangenen Jahr einen Betriebsüberschuß von 185 691 M. Davon werden nach sehr reichlichen Abschreibungen und großen Lantlöhnen 16 Prozent Dividende an die Aktionäre verteilt. Würde man jedem Bergmann nur lippige 100 Mark mehr Lohn jährlich zahlen, so bliebe trotzdem noch eine beträchtliche Dividende übrig. Mögen sich die Arbeiter das merken! —

Halberstadt. (Wie der Bund der Landwirte seine Mitglieder wirkt.) In einer Versammlung des Bundes der Landwirte, die in Halberstadt abgehalten wurde, setzte nach der Freisinnigen Zeitung der Vorsitzende des sächsischen Provinzialverbandes, Rittergutsbesitzer und Amtsvoirsteher Schirmer-Neuhauß, auseinander, wie man Mitglieder werden müsse. „Jeder muß Mitglied des Bundes werden, Bauer, Knecht und Nachknecht“, meinte der Herr, und um das zu ermöglichen, müsse man in den einzelnen Dörfern Versammlungen einberufen, wenn der Saal voll ist, die Thür zuschließen, und dann soll doch jeden der Teufel holen, der nicht mit unterschreibt.“ Er und ein Major v. Busse hätten dieses Mittel angewandt. Und nun fragen wir: Ist das nicht der Bauernfang im wahren Sinne des Wortes? —

Schönebeck. (Was die Arbeitslosigkeit alles für Blöden zeigt.) Der Arbeiter Karl B. zu Schönebeck war im Sommer 1894 arbeitslos und versuchte sich dadurch Geld zu verschaffen, daß er einem Handelsmann vorschwindete, gegen ihn schwörte ein Strafverschärfung wegen Stilheitsverbrechens, er sei bereits als Zeuge vernommen, der Beschuldigte möchte ihm Geld geben, damit er auswandern könne nach Amerika und nicht als Zeuge austreten müsse. Schließlich veranlaßten B. und seine Ehefrau den Handelsmann durch Drohbriefe des Inhalts, wenn er ihnen nicht ein Darlehen von 20 M. gebe, würden sie seine Ehefrau von dem begangenen Stilheitsverbrechen in Kenntnis setzen, ihnen zuerst 20 M. und später noch 10 M. zu zahlen. Wegen dieser Handlung standen die exzessiven Eheleute am 26. v. M. vor dem Landgericht Magdeburg. Sie wurden verurteilt wegen versuchten Betrugs im Verein mit Erpressung, und erhielt der Chemann 6 Monate und die Ehefrau einen Monat Gefängnis. —

Aerze. (Ein böser Bauer.) Weil er seinen Hund mit dem Namen des im Ort stationierten Gendarmen beleidigt hatte, wurde der Bauernbesitzer Janke in Aerze bei Nauen vor der Berufungsakademie des Landgerichts zu einem Monat Gefängnis verurteilt. —

Berlin. (Kaiser und Dichter.) Zu der zu Ehren des Fürsten Bismarck im Schauspielhaus gegebenen Festvorstellung soll der Kaiser einen Prolog gedichtet haben. Der Kaiser zeigt sich somit dem Publikum wieder von einer anderen Seite. Seine Komposition Sang an Regis ist vielfach bewundert worden und wir sind der Ansicht, daß auch der Prolog, womit der Kaiser sich als Dichter aussöhnt, gleichfalls die Bewunderung der Dichter erwecken wird. —

Dresden. (Ein Edelstahl der Nation.) Herr v. Blombe, der vergessen hat, seinen Schneider hier zu bezahlen, wird von diesem öffentlich aufgefordert, sich nächstens vor dem Gericht darüber auszulassen, warum er die 1000 Mark nicht bezahlt will. —

Düsseldorf. (Wen einer vor Gericht „denkt.“) Vor der Strafkammer in Düsseldorf bemerkte ein Ingenieur, nachdem seine gegen ein schässengerichtliches Urteil eingelegte Berufung teilweise verworfen worden war: „Ich sage nichts mehr, aber ich denke“. Der Staatsanwalt beantragte wegen Ungehörigkeit vor Gericht eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von einem Tage, der Gerichtshof erkannte aus einer Geldstrafe von 30 Mark. —

Gundelsheim. (Es will niemand die Kirche bauen.) Als neulich die Arbeiten für den Bau einer Kirche und Schule hier auf dem Submissionswege vergeben werden sollten, waren wohl Angebote, aber keine Angebote gemacht worden — mit einer einzigen Ausnahme, so daß kein Abschluß zu stande kam und die Arbeiten wiederholt auf den 1. April aufgeschoben wurden. Die Meister wollen eben nicht umsonst arbeiten oder nebelnd noch gar ihr Vermögen verlieren. —

Knowrażlaw. (Gefährte Schweiner.) Dieser Tage wurde ein Bädermeister zu 300 Mark Strafe und in die nicht unerheblichen Kosten des Prozesses verurteilt. Er hatte in seiner Badstube einen großen Trog, in dem er abwechselnd den Brotteig einkochte, die Kinder badete und in dem seine Frau regelmäßig die schmutzige Wäsche wusch. —

Zittau. (Wie der Kapitalismus, das Ausbeutungssystem, das Volk degeneriert.) Durch die letzten Rekrutenestellungen sind aus den Oberlausitzer Weberdörfern Bahnen hervorgetreten, die eine schwere Anklage gegen den Kapitalismus bilden. In Waltersdorf war von 23 jungen Männern nicht einer tauglich. Von 203 Rekruten aus Seifhennersdorf mit Leutersdorf wurden 30 Mann, von 105 Großschönauer Rekruten 44 Mann, von 97 Gestellungsplätschigen der Ort Gaimswalde, Spülkimmersdorf und Waltersdorf 14 Mann ausgewählt. Wer will dieses forschende Vernichtungswerk des Kapitalismus aufhalten, wer will nicht haben, daß das Volk zu Grunde geht? Wollen das vielleicht die Leute, welche Umsatzgesetze gegen uns schmieden? Nein! Nur die Sozialdemokratie hat durch den Kampf gegen den Kapitalismus sich des Volkes angenommen und wird verfüllen, daß es geistig und körperlich verbündet. Wahrlich, eine hohe Kulturaufgabe! —

Der Totengräber des Mittelstandes. Die Firma Hermann Diez in München, die in vielen Städten Hauptniederlagen und Filialen besitzt, hat in München einen großen Warenbazar im Stile des Bon Marché, Printemps etc. eröffnet. Ein palastähnliches Gebäude, das bisherige Café Imperial vor dem Bahnhof, wurde in genialer Weise von Architekt Heilmann dafür adoptiert. Sämtliche Fenanwände und Zwischendiene wurden herausgenommen und der ganze Innenaum durch vier Etagen hindurch bildet eine große Kaufhalle. In den einzelnen Stockwerken werden an den Wänden Galerien geführt, auf denen die Verkaufsstellen für die einzelnen Waren-gattungen sich befinden. Jede Warenabteilung hat ihren eigenen, nach allen Seiten freien Verkaufsstand mit je zwei Ladnerinnen. Steht man unten im Saale, wo der Kleinbedarf verkauft wird, so darf man nur nach den Galeriebrüstungen hinaufblicken, um zu erfahren, an welcher Stelle der gewünschte Gegenstand verkauft wird. An der Brüstung ist er ausgestellt.

160 Ladnetziken und Kaufleute arbeiten in dieser riesigen Verkaufshalle. Das antisemitische Eugenbütchen wird aber zur größeren Ehre des Antisemitismus nach wie vor der Meinung sein: Die Sozialdemokratie untergräbt den Mittelstand. —

Militärische Nachrichten. Spania. (Wegen Fahnensucht verurteilt.) Ein im deutsch-französischen Kriege vom Ulanen-Regiment Nr. 4 desertierter Ulan, namens Sillmanns, welcher erst kürzlich

im Elsass ermittelt und seinem Truppenteile zugeschickt wurde, ist jetzt vom Kriegsgericht wegen Fahnensucht zu fünf Jahren Festung verurteilt und zur Ableistung dieser Strafe nach Spandau transportiert. Sillmanns verschwand bei der Belagerung von Paris, kam nach China, diente dort 14 Jahre im Heere, kehrte vor 10 Jahren nach Deutschland zurück und lebte seitdem im Elsass als Aufseher in einer Fabrik. —

London. (Die „Ferienkolonien“ übertrumpft.) Englische Blätter teilen folgende verlockende Annonce eines „Werbers“ mit:

V. R.
Sergent Pomfrett, Rekrutterungs-Sergent, Barkings.

100 Rekruten 100

gesucht 100 gesucht.

Loyal und treue Burschen, um in Ihrer Majestät Regimentern, den guten alten „Fla Iron“ (44) und den „Pompadours“ (66) zu dienen! Die vierundvierzig stehen jetzt in Fermany, Irland, wo sie glücklich sind wie Lords, mit Fischen, Bootfahren, Cricket, Schießen, Spaziergängen über Land und jeder Art Sport. Die Schäufünfziger stehen jetzt in Indien, dem Soldatenparadies, wo Tommy Atkins seinen eigenen Diener und Mrs. Atkins ihren eigenen Haushälter bekommt. Zwei Stunden Exerzier am frühen Morgen — und der Rest des Tages gehört Euch, und das an einem Platz, wo Vergnügungen aller Art zu haben sind. Jetzt ist die Zeit, einzutreten, wenn Ihr gute Offiziere, gutes Essen, gutes Trinken, gute Kleider, gute Wohnung, gute Bezahlung, gute Gesellschaft und Sport im Überfluss haben könnt! — Welch ein herrliches Soldatenleben. —

Zeichen der Zeit.

Ein Kind in Submission vergeben. Man glaubt, wir scherzen, keineswegs. — Die Lichower Kreiszeitung (Provinz Hannover) bringt folgendes überaus charakteristisches Jäserat: Am Sonntag nachmittags 4 Uhr, soll ein Kind, ungefähr drei Wochen alt, von der Gemeinde an den Mindestfordernden in Verpflegung gegeben werden. Reflektierende haben sich beim Gemeindesprecher zu melden. Das ist in der That die duftigste Blüte, die das im Wesen kapitalistischer Herrlichkeit begründete Submissionsfieber zeitigen konnte. Welche bittere Fronte, ein armes, unschuldiges, kaum einige Wochen altes menschliches Wesen wird — wo könnte das bei einem Tier passieren — öffentlich ausgetragen. Wer dieses Kind, ganz gleich wie, für den billigsten Preis aufzieht, erhält den Guichag. —

Parlamentarische Nachrichten.

Im Abgeordnetenhaus warnte heute der Graf Frankenstein die Konservativen, den vollzogenen Bruch mit der Regierung noch weiter zu betreiben. Das wäre bei der gegenwärtigen politisch sehr bedenklichen Lage sehr gewagt und nicht im Interesse des Vaterlandes. Graf Frankenstein sagte: Graf Mirbach hat in seiner Rede auf Alexander den Großen, der den gordischen Knoten mit dem Schwert durchtrieb, hingewiesen. Soweit sind wir doch noch nicht gelangt! Wir feiern in diesem Jahr das 25. Jubiläum der Erstaltung des deutschen Reichs. Ich hoffe, daß sich dann der Patriotismus in den patriotischen Herzen so ansäumen lassen wird, daß wir einen wahrhaft deutschen Reichstag bekommen. Worauf Graf Mirbach entgegnete: Mit meiner Ansspielung auf Alexander den Großen wollte ich nur sagen, daß eine Lösung schnell zu stande gebracht werden muß. Das Schwert brauchen wir vorläufig noch nicht, aber wir dürfen mit Abwehrmaßregeln nicht zu lange warten. Auf die Dauer läßt sich das allgemeine Wahlrecht nicht aufrecht erhalten. Auf diesem Gebiet kann ein „zu spät“ bedenkliche Folgen haben. Das wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung des deutschen Reichs. — Wohl gemerkt: Das Schwert brauchen wir „vorläufig“ noch nicht zu ziehen. Mögen unsere Parteigenossen die Augen offen halten und sich durch nichts zu unüberlegten Handlungen provozieren lassen. —

Zur Umsturzvorlage. Jetzt bestätigen national-liberale Blätter unsere Mitteilung, daß die Nationalliberalen nur wegen der auf Antrag der Centrumspartei beschlossenen Aufhebung des Kanzelparagraphen gegen die Vorlage gestimmt haben. Wie die betrübten Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind, so bemerkt der Vorwärts, fassen die Nationalliberalen in der letzten Sitzung der Umsturzkommision da. Ihr Führer in dieser Kommission, Professor Enneccerus, war sogar ausgerissen, bevor es zur Schlusstimmung kam, und sein nicht minder eifriger Umsturzgegner, Dr. Böttcher, der eigentliche Diktator der ganzen Umsturzkampagne, mußte die Erklärung abgeben, daß Herr Enneccerus es ablehne, den Bericht zu machen. Die Herren, welche mit so großer Begeisterung zu dem Umsturzfeldzug auszogen, sie sind jetzt zu der Überzeugung gelangt, daß sie über den Löffel barbiert sind. Das Centrum hat sich bei der Konkurrenz, wer in puncto Reaktion am weitesten gehen kann, den Nationalliberalen noch überlegen gezeigt und heimst jetzt die Früchte ein, welche die Nationalliberalen gesät haben. Wir haben uns gestern ähnlich geäußert. —

Reichstagserstwahl. Bei der Reichstagserstwahl im Wahlkreis Borsigau fielen auf das Centrum, 8100, den Bauernbündler 1820, den Liberalen 883, den Sozialdemokraten 838, auf die deutsche Volkspartei 804 Stimmen. Unsere Partei wuchs demnach um circa 200 Stimmen; die Stimmen der Bauernbündler sind zurückgegangen. —

Zur Wahlbeeinflussung in Schweißge. Vor der Stichwahl drohten die Militärvereine, der Kriegerverein und die Freiwillige Feuerwehr, daß jüdische Vereinsmitglieder, die in der Stichwahl sich nicht der Wahl enthalten würden, ausgeschlossen werden sollen, weil in der Stichwahl zwischen einem Antisemiten und Sozialdemokraten die Beteiligung eines Juden auf einen sozialdemokratischen Stimmzettel zweifellos schließen lasse. Diese Vereine haben einen famosen Paragraphen, auf Grund dessen alle Sozialdemokraten ausgeschlossen werden können. —

Aus dem Militärverein ist ein Mitglied unter Ablegung eines offenen Geständnisses ausgeschlossen; die übrigen verweigerten auf Grund des geheimen Wahlrechts jede Aussage und blieben. Die Feuerwehr aber hatte vier jüdische Mitglieder vorgeladen zum Verhören, nicht darüber, wen und wie sie gewählt, denn das Kommando giebt zu, daß eine solche Frage unbillig sei; die vorgeladenen vier Herren, von denen drei erschienen waren, sind vielmehr denunziert, vor der Stichwahl gesagt zu haben, daß sie sozialdemokratisch wählen wollten und diese Neuzerlegung genügt nach Ansicht des Kommandos vollständig als Beweis dafür, daß sie sozialdemokratische Tendenzen unterstützen! —

Die Depesche des Kaisers. Die ablehnende Haltung des Abg. Eugen Richter dem sozialdemokratischen Antrag gegenüber, beurteilt die Bremer Bürger-Zeitung wie folgt: O, wir wissen, weshalb der freisinnige Hauptmann also kräfft! Die Angst, daß für ihn und seinen Freunden bei der Debatte keine Vorbeeren zu holen seien, sie gibt ihm den Rutschtag ein. Er fühlt, daß er nicht Rückgrat genug hat, aus Rücksicht auf viele seiner monarchisch gesinnten Wähler nicht so viel Rückgrat haben darf, sich gegen die in der Kaiserlichen Depesche ausgesprochene Kritik des Reichstagsbeschlusses, die etwas ganz anderes bedeutet, als wenn z. B. ein Journalist den Reichstag attackiert, zu wehren. Eugen Richter fühlt, daß die Sozialdemokratie es allein ist, die eine Diskussion über einen Antrag, wie sie ihn gefällt, wagen darf und die des Dankes dafür im Lande gewiß ist. Das aber wirkt ihn und deshalb seine ablehnenden Motive mit dem anhängigen kategorischen Punktum, durch die der „Freisinn“ wieder einmal vortrefflich sich selbst gezeichnet hat. —

Befreiungen, Verfolgungen etc.

Verboten wurde in Chemnitz eine Versammlung, in der gegen die Bismarckpose opponiert werden sollte. Es sei hierbei auf Beleidigungen des Fürsten Bismarck abgesehen. Woher weiß die ahnungsvolle Polizei, was der Referent auszuführen gedenkt? —

Sämtliche Saalinhäber in Groß-Lichterfelde haben der Sozialdemokratie ihre Säle zu Versammlungen verweigert. —

Neueste Nachrichten.

Berlin. Das von Dr. H. Braun herausgegebene Sozialpolitische Centralblatt hört mit diesem Halbjahr zu erscheinen auf. Es wird mit den Blättern für soziale Praxis zu einer Zeitschrift verschmolzen werden, die vom 1. April ab unter der Redaktion von Dr. F. Jaschinski und unter dem Titel Soziale Praxis, Centralblatt für Sozialpolitik, im Karl Heymanns Verlag erscheinen wird. Dr. Braun gibt auch weiter das Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik heraus. —

Fürfurt. Ein Raubwurf ist hier verübt worden, dem eine Prostituierte zum Opfer fiel. Der Mörder ist entkommen. —

Eschwege. Der neu gebaute Abg. Iskraut ist wegen Beleidigung eines Redakteurs zu 150 Mark verurteilt. —

Hedemühl. Der wegen Hochverrats verhaftete Redakteur Hanssen ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. —

Brüssel. Bei dem Zusammenstoß der Streikenden mit den Gendarmen in Renaix wurde ein Streikender getötet und sechs verwundet. —

Cuba. Der Aufstand nimmt eine für die spanische Regierung immer bedenklichere Wendung. In zwei Tagen wurden die Regierungstruppen von den Aufständischen zurückgeschlagen. — 20 000 Mann sind zur Verstärkung der Regierungstruppen eingezogen. —

Tapani. Der Waffenstillstand zwischen Japan und China ist für die Zeit von drei Wochen bestätigt worden. —

* * *

Brüssel. Bei dem Zusammenstoß der Streikenden mit den Gendarmen in Renaix wurde ein Streikender getötet und sechs verwundet. —

Cuba. Der Aufstand nimmt eine für die spanische Regierung immer bedenklichere Wendung. In zwei Tagen wurden die Regierungstruppen von den Aufständischen zurückgeschlagen. — 20 000 Mann sind zur Verstärkung der Regierungstruppen eingezogen. —

Tapani. Der Waffenstillstand zwischen Japan und China ist für die Zeit von drei Wochen bestätigt worden. —

Zur Lokalfrage.

Das Restaurant „Stadt Berlin“ (Münzstraße), welches bislang den Sozialdemokraten und Gewerkschaften zur Verfügung stand, wobei auch Vorwärts und Vorwärts und Vorwärts auslagen, ist in andere Hände übergegangen. Der neue Besitzer hat am 1. April das Abonnement auf die sozialdemokratische Presse aufgegeben und bei dem Militärrkommando um Aufhebung des Militärboykotts nachgesucht. Bereits am Sonntag nachmittag war der neue Wirt mit einem Feldwebel im Restaurant erschienen. Somit verzichtet der neue Inhaber auf den Besuch der Sozialdemokraten und der mit dieser Partei befreundeten Personen. Die in „Stadt Berlin“ tagenden Vereine wollen der Lokalkommission den Lokalwechsel anzeigen. —

Die Lokal-Kommission.

Carl Lanau, Geschäftsführer der Volksstimme.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Mittwoch den 3. April:

Freie Gemeinde Sudenburg. Gemeinde-Gesammlung abends 8 Uhr. Vorstandswahl.

Gesangsgruppe des sozialdemokratischen Arbeitervereins Groß-Ottendorf. Übungsfunde jeden Mittwoch im Lokale der Frei-Wasserzeile.

Gesangverein „Einigkeit“, Buckau. Übungsfunde Mittwoch abends in Balzer's Restaurant, Klosterbergstraße.

Burg. Gesangverein „Borussia“. Seben Mittwoch abends 8 Uhr Übungsfunde bei C. Jäse, Holzstraße 2.

Brieskaffee.

Aufforderung. Der Arbeiter in der blauen Bluse, welcher am Sonntag zur Zeit des Anzuges am Eingange des Alten Marktes verhaftet wurde, wird gebeten, in der Redaktion unserer Zeitung mit vorzusprechen. —

M. u. R. Der Friedensteller, welcher vor drei Jahren im Arbeiterverein Brieskaffee hielt, heißt Dr. Küller und ist aus Erfurt. —

100. Burg. Den Artikel werden wir für den Landboten aufheben. Besten Dank! —

Hochbaum, G. Schmidt kann Ostern nicht reservieren. Bestimmt aber zu einem Sonnabend nach Opern. —

Ein Drittel billiger

als bei jeder Konkurrenz kaufst man

Knaben- u. Herren-Garderobe

bei

Franz Burger

(früher E. Lange)

Alte Neustadt, Moldenstraße 36

der infolge seiner außerordentlich geringen Umlaufs und vorzüglicher Bezugsquellen sehr billige Preise stellen kann.

Bäckerei-Uebernahme.

Einem verehrten Publikum von Magdeburg-Budau mache ich hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich mit dem 1. April d. J. die Steinbiss'sche Bäckerei in

Buckau, Feldstraße 17

übernommen habe. Durch Bereitstellung von besten Mehlen werde ich in der Lage sein, eine gute, wohlschmeckende Ware zu liefern und bitte ich, mein Unternehmen stützt unterstützen zu wollen.

Bernh. Sandau

Bäckermeister.

cigarren

Empfahle meine seit kurzer Zeit sehr gut eingeführten Marken

als z. B.:

506

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

◆

wird für die Bewohner gebraucht, in der Siedlungssett "Fogor" für sie getanzt, nun erichtet "Gebäudenstatten", läßt da und dort öffentliche Arbeiten vornehmen; das ist alles, also wirtschaftlich angeknüpft des furchtbaren Gottes — nichts.

Was kann auch vor der italienischen Bourgeoisie geschehen? Die Not des italienischen Volkes betrifft nicht jetzt heute und gestern, und sie kann nicht morgen bestellt sein; sie ist permanent. Der Rote Stoff ist nicht Bestand des Volkes, nicht ein Mittel für Erhaltung eines fröhlichen Bauernstandes, sondern er ist das Rezept einer armen Bevölkerung, schweren Steuern auf. Die Steuerzahler hat jetzt schon 13 Millionen ihre Staatschulden; der Gehzug in Sicht kostet Millionen, verdrängt zahlreiche Menschen und legt dem Lande, besonders den armen Bewohnern, schwere Steuern auf. Die Steuerzahler ist erschöpft, die indirekten Steuern neigen bereits ab! Steuern auf. Zu den hohen Staatssteuern kommen die noch höheren Kommunalsteuern. Ein Zug auf die Steuererziehung heißt es in dem genannten Artikel:

"Ein Gülden Fleisch, kein mageres Fleisch, kein Stückchen wird ihm verkauft, wenn er durch die äußerste Kürze verhindert ist, seine Steuern zu entrichten. Und selbst in jüngsten Gemeinden mit dieser harten Winter, arbeitet der Steuerzahler ziellos davon. Hier nun ein Beispiel:

Das liberale Blatt "Il Dritto" berichtete vor kurzem aus Campania di Garzia in Sizilien: "Die Regierung befiehlt nicht die Miete, sich ein wenig Brot zu verschaffen, und man hat den herzzerbrechenden Anblick von Leuten, die auf der unfruchtbaren Sizilien noch Groß herumlaufen, um es zu essen. Und dennoch bietet uns der Sizilianer so gewohnte Schaufel, indem er die Steuerbeamten zum Vorgehen gegen die sämigen Steuerzahler auffordert. So wurde in einer Siedlung der sogenannte Vorsitzende der Steuerzahler vorgenommen, mit dem sie täglich 20 Centesimi (ungefähr 16 Pf.) verdiente, einer Frau das einzige Unabhängige, daß sie zum Ausgehen anziehen sollte; einem Braten der zerfetzte Mantel, der einen Sack "fusse." In einem anderen Orte wurde einer Siedlung das einzige Kindesgehirn weggenommen, in dem gerade die auf dem Gelände gesammelten Kinder gefangen wurden, die den Hunger von Steuern und Kindern stillen sollten; der Steuerzahler schüttete die steine Speise los und nahm den Rest mit."

Die Vergehrungssteuer der Gemeinden trifft alle Gebühren, zu der ungeheuer hohen Besteuerung schüttete die Siedlung die kleinen Männer in allen Formen.

Zu diesen Gemeinschaftungen stammt die totale Auswanderung aus dem "schönen Sizilien". Noch viele Millionen können in Sizilien Arbeit und Nahrung finden, da noch viele Siedlungen des kleinen Sizilens unfruchtbart sind und noch viel größere Siedlungen ihrer bewohnt werden könnten. Über der fleißige Mann muß sein Gute kommen, weil es keinen Geist, die ihm alles nehmen, was er haben gewünscht.

Auch der italienische Clerus hat sein Wort zu der Gute besprochen, natürlich in seiner Welt. Der Bischof von Neapel schreibt seine Bemerkungen über die Not mit den Worten: "Aber wisset wohl, daß das Land von der Gute kommt." Bei den folgenden Wörtern sprechen

Waffnung kann selbst der sonst glänzende Verfasser des Artikels nicht umhin zu sagen: "Bon Welcher und von welchen Siedlungen kann das Land nach langem Rat: genutzt werden?" Sie wird nicht eher gut gemacht werden, die Not wird nicht eher werden, als bis die italienische Bourgeoisie, die korrumptierter ist, als die anderer Länder, von ihrer Herrschaft durch das sozialistische Proletariat abgesetzt ist. Genau so wie der Katholizismus macht der Socialismus in Städten schwere und gewaltige Fortschritte. Wenn er, was früher zu erwarten ist, auch fernher entwickele Fortschritte macht, dann naht die Befreiung des italienischen Proletariats gewiß schnell; dann kommt die Zeit, in der Städten wieder ein schönes Land wird, das seine Bewohner nicht verhungern läßt, wie heute.

Agripolitisch.

(c) Die Arznei des Arztes. Herr von Sammerteck-Soriano, der neue Minister des Ackerbaus, steht auf denselben Standpunkt gekommen, den zu erreichten Graf Caprivi und Herr von Seydel-Godow innerhalb weniger Jahre gebraucht haben. Er hat sich rund gegen den Antrag Storch erklart und hat damit einen Zorn gegen sich erregt, der lebhaft an die Griegsfünde der Indianer erinnert, wenn sie mit Geschwungenem Kommando sich um ihre Opfer bewegen. Wir haben das bei seinem Antisauviet vorausgelegt; einem Minister bleibt heute keine andere Wahl als die, sich den ausschweifenden Vorberatungen der Kavallerie zu folgen oder ihnen unverhülltlosen Haß auf sich zu lassen.

(d) Rieder mit dem letzten Landwirktreff. Der Abstimmung über die Gras hat den Landwirken folgende Befragung zugehen lassen: "Während der letzten Woche mußten infolge der notwendigen Gewaltigung des Betriebs in den militärischen Fabriken zu Spanien eine größere Anzahl Arbeiter, und zwar sowohl handwerklich ausgebildete als auch ungebildete Arbeiter entlassen werden. Die dadurch herverursachte Arbeitslosigkeit in Spanien wird noch verschärft werden, wenn sich im nächsten Jahr viele voranschreitende ff. Rittergutsbesitzer, sowohl erheblich gesetzte Wissage nützen werden. Um einen blutigem Angriff auf sie zu haben, wird sich der Versuch empfehlen, diese Arbeiter, sowohl aus Angst, insbesondere bei Landwirtschaftsbetrieben, wo sie die "notleidenden" Großgrundbesitzer. Dem Landwirtschaftsmittelischen Arzten, von Sammerteck wird es nicht anders gehen als seinem Vorgänger. Gelt er am Mittwoch unter dem leichten Blüten der Rieden die unangeführbaren Verordnungen der Arztes mit Entrümpfung zurückweis, hat er bei den Agrarier ausgestellt. So schreibt das chilenische Blatt: "Gestern werden alle Landwirke Preußen erkannt haben, daß sie von dem neuen Landwirtschaftsmittel nicht mehr zu erwarten haben, als von seinem Vorgänger. Ein Landwirtschaftsmittel, wohinwir breiten sie der Parlamentsbericht "Schlosser anhalten" Befall uns" und "grundsätzliche rechte" vergeblich. Kann nicht der Vertrauensmann der preußischen Landwirtschaft sein."

(e) Die Gründe des preußischen Staates gegen den Landwirktreff sind in einer Debatte niedergelegt und stehen im Reichstag vorläufig nicht mehr. Die Debatte ist recht ausführlich, bringt aber nichts Neues. Sie untersucht alles das, was von überalterten Siedlungen in Spanien zur Überwältigung geschickter Arbeiter zu tun sind. Die Rieden bringt eine vergleichbare Wirkung, die sich in herausnehmenden Siedlungen auf die Arbeitnehmer und den Landwirken ausgeweitet, und sozialen Verhältnissen, die die Arbeitnehmer einfließen, entzündet. Die Rieden haben den Landwirken in Siedlungen herumgeworfen, um sie in den Siedlungen der Arbeitnehmer zu entlassen und noch zu entschaffen. Arbeitnehmer zu überwinden, kann nicht der Vertrauensmann der preußischen Landwirtschaft sein."

(f) Die Gründe des preußischen Staates gegen den Landwirktreff sind in einer Debatte niedergelegt und stehen im Reichstag vorläufig nicht mehr. Die Debatte ist recht ausführlich, bringt aber nichts Neues. Sie untersucht alles das, was von überalterten Siedlungen in Spanien zur Überwältigung geschickter Arbeiter zu tun sind. Die Rieden bringt eine vergleichbare Wirkung, die sich in herausnehmenden Siedlungen auf die Arbeitnehmer und den Landwirken ausgeweitet, und sozialen Verhältnissen, die die Arbeitnehmer einfließen, entzündet. Die Rieden haben den Landwirken in Siedlungen herumgeworfen, um sie in den Siedlungen der Arbeitnehmer zu entlassen und noch zu entschaffen. Arbeitnehmer zu überwinden, kann nicht der Vertrauensmann der preußischen Landwirtschaft sein."

mehr Gegenleiste bei der Regierung gefunden hätte. Wie den armen Siedlern, sondern den Siedlern überwiesen würden. Wer wird also durch diese Kommunen für die Siedler jetzt interessiert? Nun, das ist doch ganz klar: durch die, welche Beiträge ist die Siedlung, aus der Bevölkerung zu befreien. —

(g) Die Arzter und die Sezession. Der am fängliche Widerstand der bekannten Arzter gegen die "Räthe" oder "Zollern", d. h. die neuen Arzter, war nur ein Erfolg einer der Oppositionsluft. Vor alten Boden spricht der Berliner Volkszeitung ein Sefer desselben Blattes, der über ein propkritisches Gesetz verfügt:

Wollen sie grossen, wie sie wollen, müssen sie tollen oder schmollen, —

Die Sölden.

Die Danziger Zeitung bricht die Thatsache, daß vor der Abstimmung über die Steuer die Herren von Storch und von der Grünen-Arbeitspartei den Sont verlassen hatten.

(h) Verwerfung von Industriearbeiters in Landwirtschaftlichen Arbeiten. Der Abstimmungspräsident Graf von der Gras hat den Landwirken folgende Befragung zugehen lassen: "Während der letzten Woche mußten infolge der notwendigen Gewaltigung des Betriebs in den militärischen Fabriken zu Spanien eine größere Anzahl Arbeiter, und zwar sowohl handwerklich ausgebildete als auch ungebildete Arbeiter entlassen werden. Die dadurch herverursachte Arbeitslosigkeit in Spanien wird noch verschärft werden, wenn sich im nächsten Jahr viele voranschreitende ff. Rittergutsbesitzer, sowohl erheblich gesetzte Wissage nützen werden. Um einen blutigem Angriff auf sie zu haben, wird sich der Versuch empfehlen, diese Arbeiter, sowohl

lich in geeigneter Stelle an rechte Zepter an treiben, um diese für die benannten Besitzungen zu erwerben. ... Nach dem Schluß solche dieses Getrecks zunächst nicht bestimmt, haben Gewinn bei dem Betrieb zu verhindern. Die bessere Regierung hat allen Befehl durch Verflugung bringen als Vergeltet, aber all Chälferschäften zu gründet, hat aber gleichzeitig erfüllt, daß ihr für den selben Zweck kein Geld zur Verfügung steht. Sie hat jedoch den Gefren aufheben lassen,

um die für die benannten Besitzungen zu erwerben. ... Nach dem Schluß solche dieses Getrecks zunächst nicht bestimmt, haben Gewinn bei dem Betrieb zu verhindern. Die bessere Regierung hat allen Befehl durch Verflugung bringen als Vergeltet, aber all Chälferschäften zu gründet, hat aber gleichzeitig erfüllt, daß ihr für den selben Zweck kein Geld zur Verfügung steht. Sie hat jedoch den Gefren aufheben lassen,

(i) Zur Frage der Landarbeiter. In "Auf die Lage der ländlichen Arbeitgeber" wird nachgewiesen, daß die mit einem von dort geschriebenen Brief, der beim Borschtschott-Gesetz, Gelt er am Mittwoch unter dem leichten Blüten der Rieden die unangeführbaren Verordnungen der Arztes mit Entrümpfung zurückweis, hat er bei den Agrarier ausgestellt. So schreibt das chilenische Blatt: "Gestern werden alle Landwirke Preußen erkannt haben, daß sie von dem neuen Landwirtschaftsmittel nicht mehr zu erwarten haben, als von seinem Vorgänger. Ein Landwirtschaftsmittel, wohinwir breiten sie der Parlamentsbericht "Schlosser anhalten" Befall uns" und "grundsätzliche rechte" vergeblich. Kann nicht der Vertrauensmann der preußischen Landwirtschaft sein?"

(j) Die Gründe des preußischen Staates gegen den Landwirktreff sind in einer Debatte niedergelegt und stehen im Reichstag vorläufig nicht mehr. Die Debatte ist recht ausführlich, bringt aber nichts Neues. Sie untersucht alles das, was von überalterten Siedlungen in Spanien zur Überwältigung geschickter Arbeiter zu tun sind. Die Rieden bringt eine vergleichbare Wirkung, die sich in herausnehmenden Siedlungen auf die Arbeitnehmer und den Landwirken ausgeweitet, und sozialen Verhältnissen, die die Arbeitnehmer einfließen, entzündet. Die Rieden haben den Landwirken in Siedlungen herumgeworfen, um sie in den Siedlungen der Arbeitnehmer zu entlassen und noch zu entschaffen. Arbeitnehmer zu überwinden, kann nicht der Vertrauensmann der preußischen Landwirtschaft sein."

(k) Die Gründe des preußischen Staates gegen den Landwirktreff sind in einer Debatte niedergelegt und stehen im Reichstag vorläufig nicht mehr. Die Debatte ist recht ausführlich, bringt aber nichts Neues. Sie untersucht alles das, was von überalterten Siedlungen in Spanien zur Überwältigung geschickter Arbeiter zu tun sind. Die Rieden bringt eine vergleichbare Wirkung, die sich in herausnehmenden Siedlungen auf die Arbeitnehmer und den Landwirken ausgeweitet, und sozialen Verhältnissen, die die Arbeitnehmer einfließen, entzündet. Die Rieden haben den Landwirken in Siedlungen herumgeworfen, um sie in den Siedlungen der Arbeitnehmer zu entlassen und noch zu entschaffen. Arbeitnehmer zu überwinden, kann nicht der Vertrauensmann der preußischen Landwirtschaft sein."